



*i landdagen
önj e loondäi
im Landtag*

Pressemitteilung

Nr. 196/2020

Kiel, 21.10.2020

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. 0431-988 1383

Zutiefst enttäuschend

In seinem Antrag „Solidarität mit den kurdischen Minderheiten“ hatte sich der SSW für eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung des geltenden PKK-Betätigungsverbots ausgesprochen. In der heutigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses lehnten Jamaika und SPD nicht nur eine schriftliche Anhörung zum Thema ab, sondern auch den Antrag in der Sache. Hierzu erklärt der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms:

Dass CDU, SPD, Grüne und FDP sich noch nicht einmal die Betroffenen anhören wollen, zeigt, dass die Aufrechthaltung des PKK-Betätigungsverbots ideologisch gewollt ist – unabhängig von störenden Fakten.

Tatsache ist, dass die Arbeiterpartei Kurdistans nicht mehr die selbe ist wie noch in den 90er Jahren. Die PKK hat der Gewalt längst abgeschworen, sich personell und inhaltlich verändert. Dies ist auch den Verfassungsschutzberichten zu entnehmen.

Fakt ist auch, dass die politischen Ableger der PKK in den kurdischen Gebieten Syriens erbitterte Überlebenskämpfe führen. Von den USA im Stich gelassen sind die Kurden in der türkischen Sicherheitszone Syriens zum Kanonenfutter nicht nur des Islamischen Staates sondern auch Erdogans geworden. Was dort passiert, kommt ethnischen Säuberungen gleich.

Wer unverschuldet in seiner eigenen Heimat um Leib und Leben kämpfen muss, ist kein Terrorist, sondern Opfer. Und wer wie die PKK in Deutschland Mahnwachen und friedliche Demonstrationen gegen solche Zustände organisiert, ist keine terroristische Organisation, sondern der letzte Hilferuf gegen einen schleichenden Genozid, der sich direkt vor unseren Augen abspielt. Zum Teil sogar mit deutschen Waffen.

Dass CDU, SPD, Grüne und FDP über all dies noch nicht einmal reden wollen, ist für mich zutiefst enttäuschend.